

## IHK-Forderungen nach der Bundestagswahl 2017

### Den Standort stärken

#### **Bürokratieabbau beschleunigen**

Mit der Einführung der Erfüllungsaufwandermittlung, eines „KMU-Tests“ und der „One in, one out“-Regel hat die letzte Bundesregierung den richtigen Weg beschritten. Dennoch werden Unternehmen mit einer Vielzahl neuer Regelungen konfrontiert, die immer detailreicher, komplexer und unübersichtlicher werden. Für die Anwender sind sie oftmals ohne rechtliche Beratung kaum noch zu bewältigen.

#### *Verständliche Gesetze*

**Die IHK fordert:** Wirtschaft wie auch Bürger haben Anspruch auf eine verständliche und anwendungsfreundliche Rechtsetzung. Gesetze und andere Rechtsnormen müssen verständlicher gestaltet werden. Kosten und Nutzen neuer Regelungen müssen umfassend dargestellt und begründet werden. Die Bundesregierung soll EU-Richtlinien zukünftig umsetzen, ohne diese noch komplexer zu machen und sich dafür einsetzen auch auf EU-Ebene mindestens eine „One in, one out“-Regelung einzuführen.

#### *Kosten und Nutzen*

#### *EU-Richtlinien eins zu eins umsetzen*

#### **Außenwirtschaft braucht Freihandel**

Viele Unternehmen sind mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen auf Auslandsmärkten – in der EU und auch weltweit – gut positioniert. Die weltweit zu beobachtende Zunahme protektionistischer Ansätze birgt für die deutsche Wirtschaft viele Gefahren. Gerade mit Blick auf die Wirtschaftsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern gilt es, noch mehr Betriebe für internationale Märkte zu gewinnen.

#### *Maßgeschneiderte Unterstützung*

**Die IHK fordert:** Die bewährten Instrumente und Strukturen der deutschen Außenwirtschaftsförderung sollen weiter gestärkt werden. Bei der Vielzahl von außenwirtschaftlichen Initiativen von Bundes- und Länderministerien sollte die Abstimmung einzelner Ressorts und Initiativen verbessert werden. Teure und für die Unternehmen unübersichtliche Parallelstrukturen müssen vermieden werden.

#### *Parallelstrukturen vermeiden*

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die EU mit einer klaren Strategie neue Freihandelsabkommen aushandelt und dabei insbesondere die Belange der KMU berücksichtigt. Bei politischen Krisen gilt das Primat der Politik, gleichwohl sollte der politische Dialog nicht abreißen und wirtschaftliche Beziehungen sollten weiter gepflegt werden. Sanktionen sind bei politischen Fortschritten umgehend zu prüfen.

#### *KMU-freundliche Freihandelsabkommen Sanktionen überprüfen*

#### **Industrielle Entwicklung vorantreiben**

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist zu niedrig. Ein Ausbau der industriellen Basis ist für die wirtschaftlichen Zukunftschancen der neuen Bundesländer entscheidend, um mittelfristig eine bundesweite Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen zu können.

#### *Attraktive Ansiedlungsbedingungen*

**Die IHK fordert:** Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass Entscheidungsträger das Land für industrielle Ansiedlungen entdecken. Dazu gehören neben dem Vorhalten geeigneter Gewerbeflächen attraktive Energiepreise, leistungsfähige Forschungspartner und ein ausreichendes Fachkräftepotenzial. Planungs- und Genehmigungsverfahren für industrielle Vorhaben müssen gestrafft und berechenbarer gestaltet werden, um Investoren die nötige Rechts- und Planungssicherheit zu geben. Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung müssen regelgebunden sein und zu verlässlichen Ergebnissen führen.

#### *Rechts- und Planungssicherheit gewähren*

#### *Bürger fair beteiligen*

#### **Innovationskraft stärken**

Für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands kommt innovativen Produzenten und Dienstleistern, die neue Geschäftsfelder erschließen und auf überregionalen und internationalen Märkten bestehen, eine Schlüsselrolle zu. Viele innovative Firmen sind als KMU, meist mangels eigener Forschungskapazitäten, auf eine gute Kooperation mit Forschungseinrichtungen angewiesen. Ihre Startbedingungen gestalten sich oft kompliziert, da Finanzierung und Förderung den neuen Anforderungen nicht ausreichend genügen.

#### *Unbürokratisch fördern*

**Die IHK fordert:** Innovative Unternehmensgründungen und -erweiterungen brauchen eine entbürokratisierte Förderkulisse und die Stärkung der Risikokapitalfonds. Bildung und Wissenschaft müssen die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale der Unternehmen – besonders der KMU – unterstützen, z. B. durch geeignete und effiziente Formen des Technologietransfers.

#### *Forschungskooperation ausbauen*

#### **Erneuerbare Energie solidarisch ausbauen**

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien geht gut voran, doch der Netzausbau wird den Ansprüchen effizienter Energieversorgung nicht gerecht. Mecklenburg-Vorpommern als Vorreiter des Ausbaus der Erneuerbaren Energien hat aufgrund der bestehenden Kostenregelung für den Netzausbau die höchsten Strompreise in Deutschland zu verzeichnen.

*Bundesweite Wälzung der Netzentgeltanteile*

Dies geht zu Lasten der Akzeptanz der Erneuerbaren und belastet Wirtschaft und Bürger.

**Die IHK fordert:** Ein weiterer Netzausbau insbesondere im Verteilnetz darf nicht zu einem Wettbewerbsnachteil für MV führen. Stattdessen sollte das verfügbare Angebot regenerativer Energien über attraktive Energiepreise als Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen dienen. Die Kosten für den Netzausbau müssen daher bundesweit getragen (gewälzt) werden. Verlässliche Rahmenbedingungen für die Technologieentwicklung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien sind unabdingbar. Die Regulierungen der Ausbauziele und der Netzausbaugebiete sollten mit marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten kombiniert werden. Die aktuellen Ausschreibungsergebnisse zeigen, dass marktwirtschaftliche Ansätze wirken.

*Marktnahe Lösungen finden*

## **Moderne Infrastruktur bereitstellen**

**Mobilität verbessern**

Der Bundesverkehrswegeplan ist beschlossen. Wichtig für die Unternehmen aus MV sind besonders die Vertiefung der seewärtigen Zufahrten zu den Häfen sowie verbesserte Hafenhinterlandanbindungen. Fehlende Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur beruhen aktuell nicht auf Finanzierungsfragen, sondern auf einem Mangel an baureifen Planungen, langen Planungszeiträumen und immer längeren Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig wächst der Druck der Umweltpolitik auf den Verkehr und vielerorts drohen Fahrverbote.

*Planungsbehörden stärken*

**Die IHK fordert:** Die Projekte im Bundesverkehrswegeplan für MV müssen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Planungsbehörden müssen ausreichend personell ausgestattet sein. Die Flexibilität der Finanzierung muss so gestaltet sein, dass auf Veränderungen in Planungs- und Umsetzungsprozessen reagiert werden kann.

*Ausbau der zentralen Infrastruktur*

Um den Wirtschaftsstandort MV zu stärken, muss der Fokus auf den weiteren Ausbau der zentralen Infrastruktur, d.h. Bundesautobahnen, Schienen- und Mobilfunknetze sowie Breitbandversorgung, gerichtet sein.

*Bestand bewahren*

Der Erhalt der Verkehrsinfrastruktur darf nicht aus den Augen verloren werden.

*Fahrverbote vermeiden*

Fahrverbote stellen ein Standortrisiko dar: Innenstädte verlieren an Attraktivität für Pendler und Kunden, Handel und Gewerbe sind die Leidtragenden. Gerade für KMU mit umfangreichen Fahrzeugbeständen, ist ein kompletter Fuhrparktausch nur schwer zu stemmen. Die Luftqualität sollte mit möglichst geringen Einschränkungen für die gewerbliche Wirtschaft verbessert werden. Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Luftqualität sollten nicht Verbote, sondern technische Lösungen, die Optimierung des Verkehrs und innovative Mobilitätskonzepte sein.

*Luftqualität innovativ verbessern*

**Breitbandversorgung sichern und Digitalisierung ermöglichen**

Die Digitalisierung verändert Arbeits- und Lebenswelten. Unternehmen müssen den Anforderungen der Digitalisierung gewachsen sein, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Hier besteht Nachholbedarf im Land. Besonders auf dem Land ist der Breitbandausbau noch nicht ausreichend. Nicht wenige Unternehmen sind bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsprozesse noch zurückhaltend. Neben fehlenden qualifizierten Mitarbeitern bestehen auch Bedenken zur Sicherheit der Daten.

*Flächendeckende Glasfaser-Versorgung*

**Die IHK fordert:** Das Ziel der Bundesregierung einer flächendeckenden Glasfaser-Versorgung muss schnellstmöglich erreicht werden. Besonders Gewerbegebiete müssen bereits im Gigabitbereich angeschlossen werden, um im Standortwettbewerb nicht abgehängt zu werden. Mit der Umsetzung der flächendeckenden Glasfaser-Versorgung muss unverzüglich begonnen werden.

*Kompetenzzentren Wirtschaft 4.0*

Die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Unterstützung der Digitalisierung in Unternehmen und die nötige Beratungskompetenz müssen gewährleistet werden.

## **Qualifizierte Mitarbeiter heute und morgen sichern**

**Fachkräftemangel ernstes Hemmnis**

Die Beschäftigung ist hoch wie lange nicht mehr, die Arbeitslosigkeit ist spürbar zurückgegangen. Viele Unternehmen wollen ihre Belegschaften weiter aufstocken, doch der wachsende Fachkräftemangel bremst sie zunehmend aus und stellt für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit vieler Betriebe bereits ein ernsthaftes Hemmnis dar.

**Duale Ausbildung als Erfolgsgeschichte**

Das deutsche System der beruflichen Ausbildung sorgt maßgeblich für eine im internationalen Vergleich niedrige Jugendarbeitslosigkeit und für eine Qualifikation der Fachkräfte, die sich am Bedarf der Wirtschaft orientiert. Die demografische Entwicklung und der anhaltenden Trend zum Studium sorgen dafür, dass auch in der Region der IHK zu Rostock Aus-

<i>Karrierechancen vermitteln</i>	<p>bildungsbetriebe nicht mehr ausreichend oder teils gar keine Bewerber mehr finden.</p> <p><b>Die IHK fordert:</b> Es müssen wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung gewonnen werden. Dafür ist es wichtig, über die Vielfalt der Qualifizierungswege umfassend zu informieren und akademische und berufliche Bildung wechselseitig durchlässig zu gestalten. Jugendliche sollten sich auf der Basis umfangreicher praktischer Lernerfahrungen in der Arbeitswelt für ihren angestrebten Beruf entscheiden.</p>
<i>Zeitgemäße Ausstattung der Berufsschulen</i>	<p>Bildungseinrichtungen müssen über moderne Ausstattungen verfügen und junge Menschen unmittelbar auf die Anforderungen der Arbeitswelt 4.0 vorbereiten. Ähnlich wie in der Vergangenheit die Hochschulen brauchen die allgemeinbildenden Schulen und vor allem auch die Berufsschulen ein Bund-Länder-Förderprogramm, um als attraktive Lernorte in der modernen Arbeitswelt bestehen zu können.</p>
<i>Berufliche Weiterbildung ausbauen</i>	<p>Berufliche Weiterbildung ist eine wichtige Maßnahme, um auf aktuelle und potenzielle Fachkräfteengpässe zu reagieren, und ein wichtiges Instrument der Personalentwicklung. Auch wenn die Weiterbildungsteilnahme wächst, reicht sie noch nicht aus, um insbesondere KMU aktuell und zukünftig mit qualifizierten Fachkräften zu versorgen.</p>
<i>Aufstiegs-BAföG verbessern</i>	<p><b>Die IHK fordert:</b> Die Bundesregierung muss das berufsbegleitende Lernen mit praxistauglichen Unterstützungsformaten und Anreizen fördern sowie bestehende Ansätze wie das Aufstiegs-BAföG weiterentwickeln.</p>
<i>Geflüchtete verlässlich integrieren</i>	<p>Die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung erweist sich als langfristige Aufgabe und ist zudem immer noch mit bürokratischen Hürden verbunden.</p> <p><b>Die IHK fordert:</b> Für Geflüchtete mit Bleibeperspektive sollten flächendeckend Angebote vorgehalten werden, die auch für die Unternehmen eine möglichst zügige und verlässliche Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen.</p>
<i>Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestalten</i>	<p>Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft zusätzliche Spielräume, um Erwerbspotenziale von Eltern zu heben oder freizusetzen.</p> <p><b>Die IHK fordert:</b> Die Kinderbetreuung muss bedarfsorientiert zu einer flächendeckenden Kita-Ganztagsbetreuung ausgebaut werden. Die Öffnungszeiten der Einrichtungen sollen sich stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren und Randzeiten, Wochenenden oder Ferien besser abdecken.</p>

## Faire Unternehmensbesteuerung gewährleisten

<i>Gleichbehandlung der Personengesellschaften herstellen</i>	<p>Mittelständische Unternehmen werden je nach Rechtsform - als Personen- oder Kapitalgesellschaft - unterschiedlich hoch besteuert. Gegenwärtig werden die Personenunternehmen, die rund zwei Drittel der Wirtschaft darstellen, gegenüber den Kapitalgesellschaften benachteiligt. Zudem ist die Gesamtsteuerbelastung für Personenunternehmen durch die Tarifstruktur schon heute vergleichsweise hoch und die negativen Effekte der „kalten Progression“ sowie die realitätsferne Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer stellen eine zusätzliche Belastung dar.</p>
<i>Thesaurierungsrücklage reformieren</i>	<p><b>Die IHK fordert:</b> Die vom Gesetzgeber, mit dem Ziel der Belastungsgleichheit zu den Kapitalgesellschaften eingeführte, Thesaurierungsrücklage muss nachgebessert werden, u. a. indem die sogenannte Verwendungsreihenfolge aufgehoben wird.</p>
<i>Gewerbesteuer voll anrechnen</i>	<p>Die bei Personenunternehmen angewandte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer muss in Höhe der tatsächlich bezahlten Gewerbesteuer erfolgen. Von der pauschalierten Geltendmachung ist Abstand zu nehmen.</p>
<i>Umsatzsteuerbetrug im Internethandel unterbinden</i>	<p>Zahlreiche Händler, insbesondere aus asiatischen Ländern, die ihre Waren auf Internetplattformen wie Amazon u. ä. in Deutschland vertreiben, führen gegenwärtig keine Umsatzsteuer ab. Diese Händler können ihre Waren dadurch im Schnitt 20 Prozent günstiger anbieten als inländische Anbieter. Der unfaire Wettbewerbsvorteil durch Umsatzsteuerbetrug ist ein Massenphänomen im Internethandel. Zudem gehen dem deutschen Fiskus nach vorsichtigen Schätzungen jährlich ca. 1 Mrd. Euro an Steuereinnahmen verloren. Bei der Kontrolle des Umsatzsteueraufkommens hinkt Deutschland im EU-Vergleich hinterher.</p>
<i>Gleiche Wettbewerbsbedingungen und Steuergerechtigkeit durchsetzen</i>	<p><b>Die IHK fordert:</b> In Deutschland bestehende Gesetze sollten durch die deutsche Finanzverwaltung auch vollzogen werden, um eine Wettbewerbsverzerrung durch Betrugshandlungen zu vermeiden und Steuergerechtigkeit wiederherzustellen. Eine Möglichkeit wären sogenannte Split Payments, nach der die Umsatzsteuer nicht mehr über den Händler sondern direkt über den Plattformbetreiber an das Finanzamt gezahlt wird.</p>